

Thymian Bussemer

# **Die erregte Republik**

Wutbürger und die Macht der Medien

Mit einem Vorwort von Gesine Schwan

Klett-Cotta

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

© by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659,  
Stuttgart 2011

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Umschlag: Rothfos & Gabler, Hamburg

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von Bercker Graphische Betriebe GmbH & Co. KG,  
Kevelaer

ISBN 978-3-608-94620-8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

# Inhalt

Vorwort von Gesine Schwan	7
1. Die zerbrechliche Demokratie	17
2. Die Bürger proben den Aufstand	26
3. Von der Medien- zur Stimmungsdemokratie	45
4. Die Bonner und die Berliner Republik	84
5. Die entfaltete Medienrepublik	115
6. Die entfesselte Politik	168
7. Am Ende?	209
Dank	241
Anmerkungen	242
Literatur	252

# 1. Die zerbrechliche Demokratie

Jahrzehntlang galt die (west)deutsche Demokratie als ein Stabilitätswunder. Ausgerechnet die Deutschen hatten es geschafft, in ihrem Land eine vorbildliche Form der Volksherrschaft zu errichten. Weder die APO noch die Ölkrise vermochten die Republik ernsthaft zu erschüttern. Demokratie in Deutschland nach 1945 – das war nicht nur eine bestimmte, stark von der alten deutschen Kleinstaaterei bestimmte Ausprägung der repräsentativen Demokratie. Untrennbar verbunden waren damit auch eine bestimmte Haltung zum Westen, die soziale Marktwirtschaft, ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat, eine spezifische Form der Konfliktpartnerschaft in den Betrieben und ein gesellschaftlicher Konsens über die Aufgaben und die zu ihrer Erfüllung benötigten Ressourcen des Staates.

Obwohl dieses ökonomische Gründungsfundament der Bundesrepublik schon ab Mitte der 1970er-Jahre in die Krise geriet, weil die wirtschaftlichen Wachstumsraten nicht mehr ausreichten, um den voranschreitenden Ausbau des Sozialstaats zu finanzieren, und weil infolge eines neuen Globalisierungsschubs mit jeder Rezession die Sockelarbeitslosigkeit stieg, fand der politische Überbau unverändert Akzeptanz. Nach 1989 konnten die Institutionen der bundesdeutschen parlamentarischen Demokratie unverändert auf das Beitrittsgebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt werden. Repräsentative Umfragen begannen zwar schon bald nach der deutschen Einheit eine bedenkliche Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der parlamentarischen Demokratie zu zeigen, doch wurde dies all-

gemein auf die ökonomische Misere der Ostdeutschen geschoben, was mit der impliziten Erwartung verbunden war, dass eine Steigerung des Wohlstands auch zu einer Versöhnung mit der parlamentarischen Demokratie führen würde.

An der Milleniumswende im Jahr 2000, 55 Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches, hätte niemand im In- oder Ausland Zweifel daran gehabt, dass die deutsche Demokratie eine der stabilsten der Welt ist.

Elf Jahre später hat sich dieses Bild verändert. Natürlich haben die demokratischen Institutionen des Landes nach wie vor Bestand. Doch die Zweifel an ihrer Verlässlichkeit bei der Bearbeitung der anstehenden Probleme, an ihrer Legitimität angesichts stetig schwindender Wahlbeteiligungen und an ihrem Einfluss angesichts eines globalisierten Kapitalismus sind nicht mehr zu überhören. Das beginnt mit der schwindenden Akzeptanz der Parteien. Die einst allmächtige CSU in Bayern ist zu einer Regionalpartei geschrumpft, die von Wahl zu Wahl um ihre Mehrheiten fürchten muss. Die SPD, einst die stolzeste Partei des Landes, wurde bei den Bundestagswahlen im September 2009 auf bislang unvorstellbare 23 Prozent reduziert und musste im Frühjahr 2011 in Baden-Württemberg eine Koalition mit den Grünen eingehen – als Juniorpartner. Der Ansehensverlust der Demokratie betrifft aber nicht nur die politischen Parteien. Auch die Wahlbeteiligung hat ein historisches Tief erreicht. 2006 nahmen an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nur noch 44,4 Prozent der Wähler teil. Bei der Bundestagswahl 2009 gingen rund 30 Prozent der Wahlberechtigten, etwa 18 Millionen Menschen, nicht mehr zur Stimmabgabe. Noch 2005 hatten nur 22,3 Prozent der Wähler den Gang zur Wahlurne verweigert. Und bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 betrug die Wahlbeteiligung nur 59,3 Prozent – obwohl der Ausgang als offen galt, es also alle

Gründe gab, die eigene Stimme in die Waagschale zu werfen. Immer unklarer ist im Vorfeld von Wahlen, wohin sich die Waage neigen wird. Noch in den 1970er-Jahren gab es bei Bundestagswahlen eine stabile Beteiligung von 90 Prozent und von den abgegebenen Stimmen entfielen wiederum 90 Prozent auf die Volksparteien CDU/CSU und SPD. Solche Ergebnisse sind heute undenkbar. Die Wähler – wenn sie überhaupt noch zur Wahl gehen – werden unberechenbar, entscheiden erst in letzter Minute und wenden sich schon kurz nach der Stimmabgabe wieder von der Partei ab, die sie unterstützt haben. Das verändert das Land und seine einst so stabilen Koordinaten. Im Herbst 2009 wurde die SPD im Bund abgestraft, im Frühjahr 2011 verlor die CDU mit Baden-Württemberg ihr wichtigstes Stammland. Althergebrachte Bindungen und Traditionen zählen immer weniger. Heute stellen die Bürger alles in Frage. Und sie teilen Denkkzettel aus, wenn ihnen etwas nicht passt.

Vor allem aber macht die schleichende Abnutzung auch vor der Idee der Demokratie nicht halt. Eine repräsentative Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung enthüllte im Jahr 2008 eine grundsätzliche Distanz der Bürger zur Demokratie. Nur noch zwei von drei Befragten glaubten, dass die Politik in der Lage sei, die in Deutschland anstehenden Probleme zu lösen. 25 Prozent gaben an, mit der Demokratie, »wie sie bei uns heute ist«, nichts zu tun zu haben. Weitere 34 Prozent bezeichneten diese Haltung zwar als falsch, aber nachvollziehbar.<sup>1</sup> Diese Zahlen sind Zeichen einer ermatteten Demokratie. Das Aufbruchspathos der Republikgründung ist genauso dahin wie die Begeisterung über die lange Prosperität und Stabilität der zweiten deutschen Republik. Willy Brandts berühmter Satz »Wir wollen mehr Demokratie wagen« wäre – so der *Spiegel*-Redakteur Dirk Kurbjuweit – »heute kein Satz mehr, der diese Gesellschaft erreichen kann. Viele würden gar nicht mitbekommen,

dass er gesagt wurde, anderen wäre es egal, und die meisten würden dem Politiker, der den Satz sagt, nicht glauben, dass er ihn ernst meint.«<sup>2</sup>

## Die Verhältnisse kommen ins Rutschen

Woher kommt diese Unzufriedenheit mit der Demokratie? Denn eigentlich geht es den Deutschen doch gut. Kein großer Terroranschlag hat das Land bislang erschüttert, die Wirtschaft hat die Weltfinanzkrise in Windeseile überwunden, sogar die Deutsche Bahn fährt – zumindest meistens. Und doch gibt Deutschland im Jahr 2011 ein merkwürdiges Bild ab: Das Land ist gereizt und erregt, in ständig schwankenden Spannungszyklen gefangen und doch zugleich in Stagnation verharrend. Es ist fast ein bisschen so, wie Thomas Mann im *Zauberberg* die Stimmung unter den Sanatoriumsbewohnern beschreibt: »Was gab es denn? Was lag in der Luft? – Zanksucht. Kriselnde Gereiztheit. Namenlose Ungeduld! Eine allgemeine Neigung zu giftigem Wortwechsel, zum Wutausbruch, ja zum Handgemenge.«

Die Gereiztheit ist eine Folge von Unsicherheit. Die Menschen spüren ganz offensichtlich, dass sich in Deutschland etwas verändert, dass lange selbstverständliche Gewissheiten und eingeübte Formen des Umgangs zwischen Politik und Bürgern mehr und mehr in Frage gestellt werden. Darauf reagieren sie nervös, mit Abwehr und auch mit Verdruss. Denn außer Frage steht: Deutschland, das erst 1990 zu seiner heutigen Form gefunden hat, verändert sich in atemberaubendem Tempo. Da ist zum einen der Machtverlust der Politik. Der Nationalstaat hat im Zuge der Europäisierung freiwillig Einfluss nach Brüssel und Straßburg delegiert und im Prozess der Globalisierung

unfreiwillig seine vormals fast uneingeschränkte Macht mehr und mehr an potente wirtschaftliche Akteure, informelle Zusammenschlüsse und supranationale Institutionen abgegeben. Schon im Jahr 2000 befanden sich unter den 100 größten wirtschaftlichen Einheiten der Welt 52 Konzerne, aber nur noch 48 Staaten. Die globalen Unternehmen bringen ihre Interessen überall zur Geltung, wo sie diese berührt sehen. Das Wissen um den Machtverlust der Politik teilen Politiker und Bürger. Es sind nicht zuletzt die Politiker selbst, die ihre eigene Ohnmacht immer wieder thematisieren – wenn auch nur selten so plakativ wie die für die Regulierung des Finanz- und Bankensektors verantwortlichen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die im Sommer 2010 Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in einem dramatischen Appell um Hilfe baten, weil sie bei ihrer Arbeit von Lobbyisten umstellt seien.<sup>3</sup> Folgt man der aktuellen *Deutschen Parlamentarier Studie* des Düsseldorfer Politikwissenschaftlers Ulrich von Alemann, glauben von den dort befragten 2400 Bundestags- und Landtagsabgeordneten nur 19 Prozent, dass sie im Kampf gegen die Armut etwas ausrichten können. Nur 16 Prozent der befragten Politikerinnen und Politiker sind der Meinung, auf die Gesundheitspolitik Einfluss zu haben. Ähnlich niedrig sind die Werte in anderen Politikfeldern. Die Parlamentarier erklären damit de facto, überflüssig zu sein.<sup>4</sup>

Hinzu kommt eine tiefe Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten, eine Krise der Repräsentation, welche maßgeblich zur schleichenden Erosion der Demokratie beiträgt. Im Mai 2011 rangierte das Thema »Unzufriedenheit mit der Politik« auf Platz eins einer repräsentativen Forsa-Umfrage nach den größten Problemen des Landes. 35 Prozent der Befragten wählten diese Kategorie – so viele wie nie zuvor. Vier von fünf Befragten klagten, die Politik sei sprunghaft und unberechenbar geworden. Nur 37 Prozent fanden, die Politiker machten



ihre Arbeit im Großen und Ganzen gut, 56 Prozent waren gegenteiliger Ansicht.<sup>5</sup> Die Entfremdung ist mittlerweile so stark, dass selbst Politiker sie offen eingestehen. Der Bundestagsabgeordnete Harald Koch (Die Linke) schrieb in einer Stellungnahme für das *Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement* im Februar 2011: »Die Bevölkerung als Souverän ist von den ihre Lebenswirklichkeit betreffenden Entscheidungsprozessen oftmals entfremdet. Viele politische Entscheidungen stoßen auf geringe Akzeptanz oder gar absolutes Unverständnis. Parlamente, die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mitnehmen, Entscheidungen nicht transparent und nachvollziehbar machen, verlieren an Rückhalt in der Bevölkerung.« Und die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Kumpf sekundierte: »Es gibt aber nicht erst seit dem Sommer 2010 Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Legitimation unseres Systems, der sich in Protesten ausdrückt oder an einer Wahlmüdigkeit abzulesen ist.«

## Postdemokratie

Diese Diagnosen sind nicht neu. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat in den letzten Jahren mit seinen Thesen zur »Postdemokratie« Furore gemacht. Crouch griff damit einen Begriff von Jacques Rancière auf, der 1995 in einem Aufsatz zu dem Schluss gekommen war, dass in den Gegenwartsgesellschaften demokratische Politik mehr und mehr durch die »Herrschaft der Meinungsbefragung« sowie einen von Expertenwissen gesteuerten politischen Verwaltungsbetrieb ersetzt worden sei.<sup>6</sup> Crouch zufolge existieren in der Postdemokratie die demokratischen Strukturen zwar formal fort, doch die Mehrheit der Bürger ist in tiefe Apathie versunken, während die entscheidenden Aushandlungsprozesse zwi-

schen den mächtigen Konzernen und den Resten der einstmals einflussreichen politischen Klasse in Hinterzimmer delegiert werden, wo fernab der Öffentlichkeit die öffentlichen Belange verhandelt werden. Die demokratische Legitimität wird dann quasi im Nachgang von professionellen PR-Experten besorgt, die »die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben«.7 Crouch und Rancière sind nicht die einzigen Wissenschaftler, die das Bild einer völlig ermatteten demokratischen Öffentlichkeit zeichnen. Der Soziologe Ingolfur Blühdorn spricht im Hinblick auf die gegenwärtige Verfassung vieler westlicher Länder von einer »simulativen Demokratie«. Blühdorn geht in seinen Analysen davon aus, dass es in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern einen rasant ausgeweiteten Zugang zu Wissen und Informationen gegeben hat. Dies führt aber nach seiner Interpretation keineswegs zu einer verbesserten demokratischen Partizipation. Denn zugleich hat sich die Komplexität in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik so sehr gesteigert, dass die Menschen in der Überfülle von Fakten und Meinungen immer mehr die Orientierung und die Fähigkeit zur Bewertung von Situationen verloren haben. Daraus resultiert Verunsicherung, die wiederum zum Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen Raum und zur Flucht ins Private, mithin zu einer Beschränkung auf Eigeninteressen und zum Erlöschen der Öffentlichkeit, führt. Die politische Arena bleibt in Blühdorns Analyse den Profis vorbehalten, deren Treiben die Bürger wahlweise apathisch oder verachtend beobachten. Am Ende steht ein System, in dem die Bürger ihre Freiheit allein als Konsumenten suchen, die Politik meiden und die Lösung gesellschaftlicher Probleme an eine schmale Kaste von Funktionären delegieren.<sup>8</sup>

Jene Entwicklung hin zu einem immer größeren Desinteresse an den Institutionen der Demokratie, die in den Analysen von Crouch, Rancière und Blühdorn beinahe zwangsläufig ist und von dunklen Mächten (zu denen Crouch vor allem die Wirtschaft zählt) aktiv vorangetrieben und gesteuert wird, lässt sich auch anders interpretieren: nämlich als tatkräftige Selbstentmachtung von Bürgern und Politik. Diese ist vor allem deswegen möglich, weil es eine Krise der Öffentlichkeit gibt, deren Ausdruck eine Entkoppelung der »politischen Klasse« – allein die weite Verbreitung dieses Begriffs verweist auf die wachsende Distanz von Politikern und Bürgern – und der von ihr vorangetriebenen Themen, Entwicklungen und Veränderungen von den Interessen, Wahrnehmungen und Deutungshorizonten der Bevölkerung ist. Dazwischen schieben sich als immer mächtigere Einflussagenten die Medien, die mit ihren eigenen Aufmerksamkeits- und Selektionsmechanismen ein verzerrtes Bild des Politischen zeichnen und so die Diskrepanz immer weiter vergrößern – obwohl sie doch eigentlich für die Vermittlung zwischen Politikersichten und Bürgerinteressen zuständig wären. Die demokratische Oberfläche bleibt zwar gewahrt, doch darunter entsteht etwas Neues, Gelangweiltes und Abgeflachtes. Der Blick der Menschen auf die Politik wird immer zynischer, die Distanz zwischen Regierenden und Regierten immer größer, das gegenseitige Unverständnis zunehmend unüberbrückbar. »In den vergangenen 20 Jahren«, schreibt Susanne Gaschke in der *Zeit*, »hat sich etwas verändert, das schlimm werden könnte. Es wächst eine Verdrossenheit, die in den Reaktionen auf Thilo Sarrazins Buch nur ihren jüngsten Ausdruck findet: Offenbar verspüren immer mehr Menschen, die sich selbst als durchaus verantwortungsbereite Bürger wahrnehmen, eine Entfremdung von Politik und Medien. Sie haben das Gefühl, dass ihre Erfahrungen und Pro-

bleme von den politischen Repräsentanten entweder gar nicht gesehen oder willentlich ignoriert werden oder – schlimmer noch – dass man sie ihnen wegpädagogisieren will.«<sup>9</sup>

Die Folge dieses wachsenden Misstrauens zwischen Regierenden und Regierten ist eine breite Abwendung der Bürger von der Politik. Laut der bereits erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung konnten sich 2008 beängstigende 47 Prozent der Befragten prinzipiell vorstellen, nicht an einer Bundestagswahl teilzunehmen, zehn Prozent bekundeten, ihre Stimme bei Bundestagswahlen grundsätzlich nicht abzugeben, und nur ein knappes Drittel gab an, »politikinteressiert« zu sein. Mit dieser Abwendung von der Politik werden alte Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt, die das Land jahrzehntelang geleitet und getragen haben: dass die Deutschen ihre Demokratie wertschätzen und als ein unbedingt zu verteidigendes Gut betrachten, dass sie die Verhältnisse in Deutschland als im Großen und Ganzen gerecht betrachten, dass es annähernd eine Übereinstimmung zwischen der offiziellen Ausrichtung der Politik und dem Denken der Menschen gibt. Die sich mehrenden Anzeichen für eine tiefe und scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen Regierenden und Regierten wirft zwangsläufig Fragen nach der Zukunft der Demokratie auf. Eine Durchmusterung der Zustände in unserem Land vermag jedenfalls keine Sicherheit mehr zu geben, dass wir vor populistischen Anwendungen von links und rechts gefeit sind, dass die Stabilität der deutschen Demokratie wirklich dauerhaft gegeben ist.

## 2. Die Bürger proben den Aufstand

Neuer Protest und die Entwertung der Verfahren:  
Legitimation durch Blockaden?

Gerade das Jahr 2010 hat hier alte Gewissheiten hinweggespült und die Krise der Repräsentation weiter zugespitzt. Das allgemeine Entsetzen über den Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler wurde von der Grundstimmung getragen, dass ein bürgernaher Präsident von den gewieften Berufspolitikern in Regierung und Opposition infam aus dem Amt gemobbt worden sei. Die Debatte um Thilo Sarrazins Pamphlet *Deutschland schafft sich ab* legte wenige Monate später auch in den gutsituierten Mittelschichten der deutschen Gesellschaft ein erschreckendes Maß an reflektierter Denkverweigerung offen. Vor allem aber gingen im Jahr 2010 immer mehr Bürgerinnen und Bürger dazu über, der Politik kurzerhand die Zuständigkeit für allgemein verbindliche Entscheidungen abzuerkennen. Ob beim Stuttgarter Bahnhof, dem Hamburger Schulsystem, der Privatisierung der Berliner Wasserversorgung oder dem neuen Berlin-Brandenburger Großflughafen: Überall wirkte es so, als hätten die Menschen den Parteien pauschal das Vertrauen entzogen. Allenthalben schossen neue Protestkulturen wie Pilze aus dem Boden. Und dieser Protest kam nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. »Wer sich heute gegen Stuttgart 21 engagiert, wer in der Sarrazin-Debatte Partei für den Autor und gegen seine Kritiker ergreift, wer in Hamburg eine Schulreform kippt oder sich mit Enthusiasmus für einen Bundespräsidenten einsetzt, der nicht aus dem politischen Be-

trieb stammt, gehört meist zum bürgerlichen Spektrum der Republik. Auf den unterschiedlichen Schauplätzen dieses Jahres tritt die neue, protestbereite Mitte der etablierten Politik gegenüber«, notierte Matthias Geis im Oktober 2010 in der *Zeit*.<sup>10</sup>

Dieser neue Protest, der 2010 erstmals Breitenwirkung entfaltete, entzündet sich zwar an lokalen Anliegen, weitet sich aber, wie in Stuttgart, fast zu einer Staatskrise aus, weil er die prinzipielle Legitimität repräsentativ-demokratischer Verfahren in Frage stellt. »Die ziehen das durch« ist für viele Protestbewegte die treffendere Formel für die Beschreibung der Zustände als »Wir sind das Volk«. Es ist nicht mehr nur Verdross, über »die da oben«, der im Protest zum Ausdruck kommt. Vielmehr haben nicht unerhebliche Teile der gesellschaftlichen Mitte beschlossen, ihre Anliegen nicht länger für vier oder fünf Jahre an gewählte Vertreter zu delegieren, sondern sie offensiv in die eigenen Hände genommen. Da die bürgerliche Mitte der Gesellschaft von Staat und Parteien immer weniger gemeinwohlorientierte Entscheidungen erwartet, zieht sie auch für sich selbst die Grenze zwischen individuellem Interesse und Gemeinwohl neu und verfolgt immer zielstrebigere ihre Partikularinteressen. Der Niedergang der Volksparteien korrespondiert hier mit einer neuartigen Selbstermächtigung der Bürger, die sich allerdings nicht auf das Gemeinwesen, sondern nur auf den eigenen Nahraum bezieht. Während die SPD schon seit Beginn des rot-grünen Projekts 1998 und verstärkt seit den Hartz-Reformen 2003 das Vertrauen ihrer Klientel einbüßte, trifft es die Union mit voller Wucht, seit Schwarz-Gelb so ganz anders regiert, als die bürgerliche und konfessionelle Wählerschaft der Republik es sich vorgestellt hatte.

## Politik im Sinkflug

Angesichts solcher Entwicklungen ist es kein Wunder, dass die Demokratie mehr und mehr an Legitimität verliert. Wenn man davon ausgeht, dass politische Parteien neben dem Erringen von Mehrheiten auch die Aufgabe haben, für den Gedanken der Demokratie zu werben, machen sie ihre Sache schlecht. Im unübersichtlicher gewordenen Fünf-Parteien-System überformt der Drang zum eigenen taktischen Vorteil – auch um den Preis des Scheiterns in der Sache – mehr und mehr die Bereitschaft zum klugen Kompromiss; der Hang zur Inszenierung überlagert zunehmend Sachentscheidungen. Für den Erhalt der eigenen Macht wird von den Parteien sogar eine offene Schädigung der Demokratie in Kauf genommen. Die CDU/CSU führte den Bundestagswahlkampf 2009 mit einer Strategie, die der Politikberater Michael Spreng als »asymmetrische Demobilisierung« beschrieben hat: Die Union wollte in ihrer Kampagne möglichst wenig Alternativen kenntlich machen und die Wähler in dem Gefühl wiegen, dass sich ganz unabhängig vom Wahlausgang ohnehin nichts ändere. Das Kalkül hinter dieser Strategie war die Annahme, dass ein entpolitizierter, quasi im Schlafwagen geführter Wahlkampf die SPD mehr Stimmen kosten würde als die Union. Tatsächlich verloren die Sozialdemokraten im Vergleich zu 2005 mehr als elf Prozent ihrer Wähler. Ob aber das systematische Einschläfern von Wählern für die Demokratie besonders förderlich ist, muss dahingestellt bleiben.

Doch auch ohne das aktive Zutun der Parteistrategen verschlechtern sich die Beziehungen zwischen Politikern und ihren Wählern kontinuierlich. Die wachsende Distanz der Bürger zu den politischen Parteien hat zunächst einmal handfeste Gründe, die in der Veränderung des traditionellen Sozialge-

füges begründet liegen: Hierzu zählen die Auflösung einstmals fest geschlossener Milieus, die nachlassenden Bindungskräfte von Großorganisationen, die Zunahme sozialer Ungleichheit mit der Folge der Entstehung von Parallelgesellschaften am unteren und – ja, auch hier – am oberen Ende der Gesellschaft. Denn nicht nur die entpolitisierten Unterschichten haben sich vom Gemeinwesen abgewandt, auch an der Spitze der Gesellschaft macht sich Politik- und Politikerverachtung breit, auch hier gibt es eine durch Appelle an die Verantwortlichkeit und Gemeinsamkeit nicht mehr erreichbare Schicht: die Superreichen, die sich von Rest der Gesellschaft abgekoppelt haben und sich in ihrem kompromisslosen Streben nach dem eigenen Vorteil mindestens so unmoralisch gegenüber der Mehrheit der Menschen verhalten wie betrügerische Hartz-IV-Empfänger.

Angesichts der wachsenden Heterogenität der Gesellschaft und eines zunehmend an eigenen Interessen ausgerichteten Stimmverhaltens der Bürger wird es für die Volksparteien immer schwieriger, politische Angebote zu formulieren, welche die nötige Breitenresonanz erzielen. Dabei waren es in der Vergangenheit gerade die drei Volksparteien CDU, CSU und SPD, die jenseits von reiner Klientelpolitik politische Programme und Gesellschaftsentwürfe entwickelten, die eben die gesamte Gesellschaft in den Blick nahmen, nicht nur einzelne Gruppen oder Interessen. Die Volksparteien – wenn sie auch unterschiedliche Menschenbilder, Gesellschaftsutopien und Werthaltungen vertraten – waren der Garant dafür, dass der soziale Zusammenhalt des Landes nicht auseinander riss, Gesellschaft nicht nur als die Addition von Einzelinteressen gesehen wurde, sondern dass sich schon innerhalb der Programmatik einer Partei ein Konsens widerspiegelte, der unterschiedliche Interessen ausglich. Deswegen waren die Volksparteien neben den Kirchen und den Gewerkschaften lange der Kitt, der die Gesell-



schaft zusammenhielt. Die hohe Stabilität der Bundesrepublik in den ersten fünfzig Jahren ihres Bestehens war ganz entscheidend der Tatsache geschuldet, dass die Parteien jene Milieus, die sie repräsentierten, recht genau abdeckten und dass es eine politische Öffentlichkeit gab, in der dieser Proporz seinen Ausdruck fand. Insofern sind Verschiebungen in der Struktur der Öffentlichkeit auch mitverantwortlich für die Veränderung der Parteien, denn diese begannen ab den 1960er-Jahren, sich immer stärker an Medien- und Elitendiskursen zu orientieren und sich damit von ihrer Kernklientel zu entfernen. Immerhin: für eine durchaus ansehnliche Zeitspanne gelang es den Volksparteien, sich den mäandrierenden Diskursen der Stimmungsdemokratie zu entziehen und eine an den Interessen der sie stützenden Milieus orientierte Politik zu verfolgen. Die Erosion der Volksparteien ist zu einem guten Stück darauf zurückzuführen, dass sich die sozialen Großgruppen, die ihre Basis bildeten – die Industriearbeiter, kleinen Angestellten und akademischen Aufsteiger des öffentlichen Dienstes für die SPD, die christlichen Handwerker, Selbständigen und akademischen Eliten für die CDU/CSU –, zunehmend aufgelöst und individualisiert haben. Doch auch innerhalb der politischen Parteien gibt es Erosions- und Erschlaffungserscheinungen. Während der politische Machtanspruch der Parteien nach wie vor absolut ist und der einzige Weg in politische Ämter unverändert über die Parteien führt, ist deren Gestaltungskompetenz in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer geringer geworden. Die raschen Umbrüche und tektonischen Verschiebungen des digitalisierten Kapitalismus überfordern auch die politischen Parteien. Auf immer weniger Fragen – von der Regulierung der Finanzmärkte über die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und den Umgang mit dem demografischen Wandel bis hin zur deutschen Beteiligung am Krieg in Afgha-

nistan – haben die Parteien schlüssige und sich in ihre übergeordnete Programmatik einfügende Antworten. Statt aber im Dialog mit den Bürgern einen offenen Suchprozess einzugehen und gleichzeitig das Vertrauen in eine gute Gestaltbarkeit der Zukunft zu stärken, tun die Parteien nach wie vor so, als ob sie im Besitz echter Antworten und alleiniger Wahrheiten wären. Dabei sind sie längst von Treibern zu Getriebenen einer nach sofortigen Antworten verlangenden Mediengesellschaft geworden, die dem raschen Wandel nur noch hektisch hinterherhinken.

Wie zerstörerisch der rasante gesellschaftspolitische Modernisierungsdiskurs auf das tradierte Wertegefüge einer Weltanschauungspartei wirken kann, zeigt das Beispiel der CDU in den letzten zehn Jahren: Ihr konservatives Familien-, Gesellschafts- und Glaubensbild wurde geradezu hinweggespült. Mittlerweile ist eine kinderlose Frau Kanzlerin, ein Flüchtlingskind Vizekanzler und ein Homosexueller Außenminister einer bürgerlichen Wunschkoalition. Die Partei hat die Wehrpflicht ausgesetzt, die Hauptschule abgeschafft und im Rekordtempo den Atomausstieg durchgesetzt. Die CDU-Arbeitsministerin fordert unerbittlich eine dreißigprozentige Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen von großen Unternehmen und die Familienministerin fördert eine Patchwork-Familienpolitik, während die Vertriebenen, einst die stärkste Kolonne der CDU, so etwas wie ein zwar vertrauter, aber doch gestrig wirkender Teil der Parteifolklore geworden sind. Seit die CDU diesen Wandel durchlaufen hat, kann sie nicht mehr auf ein festes sozialmoralisches Milieu vertrauen, das ihr bei jeder Wahl die Stimme gibt. Vielmehr muss sie von Fall zu Fall ihre Wähler durch Themen und Politikangebote mobilisieren. Vor allem aber: sie läuft im Prozess der rapiden Modernisierung ihrer Positionen ständig Gefahr, jene Milieus,

auf die sie rekurriert, zu überfordern. Wenn die Eliten heute so viel internationaler, rastloser und reformwilliger sind als der Rest der Gesellschaft, kommt es zu Entkoppelungen, die *in the long run* das Band zwischen Politik und Bürgern zerstören. »Dauerhaft erfolgreich«, urteilen die Politikwissenschaftler Franz Walter und Tobias Dürr, »kann Politik nur sein, wenn sie im Einklang ist mit dem Zeitmaß der Gesellschaft, für die sie gemacht wird. Deren Kontinuität von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft muß sie mitvollziehen.«<sup>11</sup> Gerät der Politik dieser Zusammenhang aus den Augen, droht sie, den Boden unter den Füßen zu verlieren.

Erliegen die Parteien dann auch noch der Versuchung, überzeugende und nachvollziehbare Antworten durch autoritäre Basta-Politik zu ersetzen, obwohl ihnen bewusst sein müßte, wie prekär die Grundlagen ihrer Lösungsvorschläge in einer hoch vernetzten und interdependenten Welt zwangsläufig sind – und scheitern sie im schlimmsten Falle auch noch bei der Umsetzung –, führt dies zu einem weiteren Verlust des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems. Das Agieren des dann schließlich abgewählten baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus im Streit um Stuttgart 21 ist hierfür prototypisch: Erst verweigerte Mappus sich jeder Kritik an dem Bauprojekt und wies alle inhaltlichen und verfahrenstechnischen Einwände gegen das Vorhaben zurück. Unter dem Druck der Proteste räumte er dann Fehler in der Planung ein und musste das Versprechen abgeben, künftig keine Basta-Entscheidungen mehr zu verkünden. Doch da war der Schaden schon geschehen: Spätestens nach dem verheerenden Polizeieinsatz vom 30. September 2010 stand Mappus als harter Hund da, der sich trotz Mobilisierung der gesamten staatlichen Macht nicht durchsetzen konnte. Im März 2011 sollte ihn dies sein Amt kosten.

Mappus ist nicht der einzige Spitzenpolitiker der letzten Jahre, der aus Sicht von Bürgern und Medien binnen kurzer Zeit vom Hoffnungsträger zum Versager mutierte. Der Ansehensverlust der hauptberuflichen Politiker lässt sich an nackten Zahlen ablesen. Folgt man dem Institut für Demoskopie Allensbach, waren 1964 51 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Politiker »unsere Interessen vertreten«. Mitte der 1990er-Jahre waren es nur noch 34 Prozent. Dass man »große Fähigkeiten« haben müsse, um Politiker zu werden, sagten 1972 noch 63 Prozent der Befragten. 25 Jahre später waren es 25 Prozent. In Ostdeutschland erfolgte der Ansehensverlust der Politik noch rapider: 1991 bejahten die Frage nach den großen Fähigkeiten der Politiker noch 44 Prozent. 1996 waren es nur noch 22 Prozent. Die aus solchen Daten resultierende Frage ist, welches Potenzial die Politik heute überhaupt noch hat, diese Abwärtsspirale umzukehren. Denn bei allen Fehlern der Parteien muss man zugestehen: Angesichts des massiven Misstrauens, das den Politikern mittlerweile von Bürgerseite entgegenschlägt, und der Häme, die in den Medien über sie ausgekippt wird, hat die Politik es mehr als schwer, aus der Rolle des Sündenbocks herauszukommen. Man müsse sich fragen, so Renate Köcher in der F.A.Z., »ob Politiker im heutigen Umfeld überhaupt noch eine Chance haben, als Anwälte der Interessen der Bürger anerkannt zu werden«. <sup>12</sup>

## Mehr Demokratie wagen?

Die in diesen Befunden zum Ausdruck kommende Krise ist allerdings keine Krise der Demokratie an sich, sondern eine Krise der repräsentativen Demokratie. Laut einer Studie der Freien Universität Berlin und der Deutschen Paul-Lazarsfeld-

Gesellschaft aus dem Jahr 2008 befürworten 92 Prozent der Bevölkerung die Demokratie prinzipiell als Staatsform.<sup>13</sup> Unter Beschuss steht die besondere Form der Demokratie des deutschen Grundgesetzes mit seiner starken Betonung der Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit des Abgeordneten. Und massiv kritisiert werden die politischen Parteien als vermeintliche Oligopole. Weder die einzelnen Abgeordneten noch die Parteien finden bei den Wählern noch hinreichend Vertrauen und Rückhalt, um die ihnen zustehenden Entscheidungsbefugnisse zu rechtfertigen. Denn mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie in Deutschland ist nach dieser Studie nur eine Minderheit von 45 Prozent zufrieden. Wer dagegen nach mehr direkter Demokratie ruft, wer plebiszitäre Elemente in Gestalt von Bürgerbegehren und Volksentscheiden fordert, findet sofort große Zustimmung. Der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung als Gegengift zur Demokratieverdrossenheit ist seit einiger Zeit in aller Munde. Laut einer Allensbach-Studie aus dem Jahr 2010 sind 65 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es die Qualität der deutschen Demokratie verbessern würde, wenn die Bürger über wichtige Fragen in Volksabstimmungen entscheiden könnten. Werden repräsentative und direkte Demokratie einander gegenübergestellt, findet die repräsentative Demokratie nur bei einer Minderheit von 32 Prozent Zustimmung, 51 Prozent sprechen sich für eine direkte Demokratie aus, in der möglichst viele Entscheidungen von den wahlberechtigten Bürgern getroffen werden.<sup>14</sup>

Verknüpft ist mit diesem Wert aber weniger die Erwartung, die demokratische Diskursqualität verbessern zu können und so die Distanz von professioneller Politik und Volk zu verringern, sondern vielmehr die Annahme, eigene Interessen in politischen Entscheidungsprozessen besser durchsetzen zu können. Es geht also nicht um eine bessere Kooperation der

hauptberuflichen Politiker mit der Bürgergesellschaft, sondern um die Möglichkeit, die Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten aushebeln zu können, wenn diese den eigenen Vorstellungen zuwiderlaufen. Wie gering der Rückhalt professioneller Politiker in der Bevölkerung mittlerweile ist, lässt sich auf einer vom Allensbach-Institut entwickelten Skala von eins bis zehn ablesen, welche die Nähe bzw. Ferne der Politiker zu den Bürgern misst. Hier kommen die professionellen Politiker auf den Wert 7,8. Nur Managern wird eine noch stärkere Bürgerferne unterstellt. Das Zutrauen in die Fähigkeit der Abgeordneten, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, und damit das Vertrauen in die repräsentative Demokratie sinkt kontinuierlich. Zu Beginn der 1990er-Jahre waren noch 42 Prozent der Deutschen überzeugt, dass sich Abgeordnete primär an den Interessen der Bevölkerung und nicht an eigenen Vorteilen oder Lobbyforderungen orientieren. 2001 glaubten dies noch 26 Prozent, heute sind es 15 Prozent. Die Politik reagiert auf diese Entwicklung hilflos. Wer als Politiker nicht als vollkommen volksfern abgestempelt werden möchte, meint, in den Chor derjenigen einstimmen zu müssen, die die Abgehobenheit und Realitätsferne der Politiker beklagen und sich am allgemeinen *mea culpa* der professionellen Politiker beteiligen. »Zeigt Stuttgart 21 nicht, dass die repräsentative Demokratie die Grundvoraussetzung verloren hat, nämlich Legitimität?«, fragt etwa Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.<sup>15</sup> Und sein Kabinettskollege Norbert Röttgen assistiert: »Legitimität und Funktion des demokratischen Systems hängen unmittelbar zusammen. Wo die Verbindlichkeit demokratischer Entscheidungen erodiert, kann auch das System auf Dauer nicht bestehen.«<sup>16</sup>

## Wutbürger

Auch die Politik hat also erkannt, dass heute mehr auf dem Spiel steht, als nur die Gefahr, durch unliebsame staatliche Entscheidungen ein paar zusätzliche Politikverweigerer zu produzieren. Denn das Phänomen der Politikverdrossenheit ist nicht neu, doch der Politikverdruss von heute ist ein anderer als der der 1980er- und 90er-Jahre. Es ist nicht länger wohlstandsge-sättigte Passivität, welche die Menschen von den Wahllokalen fernhält, sondern eine mit Empörung aufgeladene Abwendung von der politischen Klasse, von der man sich ohnehin nichts mehr erwartet. War der Historiker und Publizist Arnulf Baring also der Zeit voraus, als er 2002 das »erstarrte Parteiensystem« für die Reformschwäche der Bundesrepublik verantwortlich machte und forderte: »Wir dürfen nicht zulassen, dass alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen«?<sup>17</sup> Gilt künftig statt Legitimation durch Verfahren: Bürger, auf die Barrikaden?

»Wutbürger« hat der *Spiegel*-Redakteur Dirk Kurbjuweit diese neue Form des Bürgerprotests genannt – und damit einen Begriff geprägt, der von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2010 gekürt wurde. Die Wutbürger sind für Kurbjuweit die APO des 21. Jahrhunderts, oft wohl-situierte Menschen, die sich in Stuttgart schützend um Bäume stellen und im Wendland an Gleise ketten. Viele von ihnen haben jahr-zehntelang gesetzestreu und oft obrigkeitsergeben ihr Leben geführt, doch nun haben sie einen Punkt erreicht, an dem sie die Legitimität staatlicher Entscheidungen einfach nicht mehr anerkennen – vor allem dann nicht, wenn ihre individuellen In-teressen berührt sind. »Der Wutbürger macht nicht mehr mit, er will nicht mehr«, beobachtet Kurbjuweit in seinem Essay. »Er hat genug vom Streit der Parteien, von Entscheidungen, die er

nicht versteht und die ihm unzureichend erklärt werden. Er will nicht mehr staatstragend sein, weil ihm der Staat fremd geworden ist.«<sup>18</sup> Im Gegensatz zu anderen Protestbewegungen richtet sich der Blick der Wutbürger nicht nach vorn auf eine neue, bessere Gesellschaft, sondern zurück auf das Bekannte, Altvertraute, das es gegen brachiale Modernisierung und Überformung zu verteidigen gilt. Die Wutbürger wollen um fast jeden Preis am Bestehenden festhalten – auch wenn dies zu Lasten der Zukunft geht. Der Wutbürger ist also das Gegenteil des Weltverbesserers. Vor allem aber: Er hat im Wandel etwas zu verlieren, denn er kommt aus der gesellschaftlichen Mitte. Für Kurbjuweit ist der neue Egoismus der Mitte die Folge eines veränderten Verhältnisses der Bürger zum Staat: »Da hat sich etwas grundsätzlich gewandelt. Für den Bürger hat der Staat auch den Charakter einer Burg. Er schützt vor dem Bösen, und das kam aus Sicht vieler Bürger lange von links, von den 68ern, den Terroristen und den Kommunisten im Osten. All das ist verschwunden, und die 68er sind jetzt selbst die Bürger. Die Burg wird nicht mehr gebraucht. Man kommt jetzt allein klar, man braucht nicht mehr so viel ›wir‹, man ist jetzt ganz ›ich‹. (...) Was wird aus meinem Land, ist eine Frage, die sich Bürger stellen. Was wird aus mir, ist die Frage, die sich Wutbürger stellen.«<sup>19</sup>

Was Kurbjuweit in seinem viel beachteten Essay als die Abwendung der heute saturierten 68er von jenem Staat deutet, den sie erst bekämpften und dem sie dann ihre Karrieren verdankten, könnte auch das Resultat eines ganz anderen Prozesses sein: die Folge der jahrzehntelangen Verächtlichmachung des Staates als bürokratisches und uneffizientes Monstrum durch die Eliten. Denn ist Staatsverachtung nicht die logische Folge des ständigen Predigens von Eigenverantwortung, des neoliberalen Verneinens der sozialen Wurzeln jeder Form von



Staatlichkeit – gipfelnd in Maggie Thatchers berühmten Diktum »there is no such thing as society«? Vieles spricht für diese These. Denn der Neoliberalismus war einst angetreten, um den Staat zu schwächen und die öffentliche Daseinsvorsorge zurückzudrängen. Dies geschah nicht nur durch konkrete Einschnitte ins soziale Netz und das Zurückstutzen der Staats-tätigkeit, sondern auch durch die ständige ideologische Diskri-minierung des Staates und seiner Repräsentanten. Offenbar hat das Denken, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sei, nun soweit in die Köpfe der Leute Eingang gefunden, dass es wirklich zur Richtschnur des Handelns geworden ist. Pointiert könnte man formulieren: Die Schwächung der traditionellen innergesellschaftlichen Bindekräfte ist die entscheidende Folge der neoliberalen Unterminierung des Bürgersinns, der den Staat bekämpfende Wutbürger ein ungewolltes Nebenprodukt der marktradikalen Propaganda.

## Aus Prinzip alternativlos

Dies verweist auf die Rolle von Ideologie und den Einfluss der jeweiligen politischen Diskursformen auf die Ausprägung des Verhältnisses von Bürgern, Politik und Medien. Sichtbar wird der Zusammenhang von neoliberal bewirktem Politikverdross und öffentlicher Kommunikation anhand des berühmten Tina-Prinzips, das besagt: »There is no alternative.« Das Tina-Prinzip war die Begründung der Marktradikalen für so ziemlich jede ihrer Handlungen und sollte im Gefolge des Neoliberalismus bald zu einer der gebräuchlichsten Figuren der politischen Rhetorik werden, bis es eigentlich nichts mehr gab, was noch der politischen Entscheidung unterlag. Der Rückbau des Sozialstaats und die Rentenkürzungen: in der Globalisierung alter-

nativlos. Der Ausstieg aus der paritätischen Krankenversicherung: angesichts des demografischen Wandels die einzige Handlungsoption. Der Euro: eine Bedingung für das Überleben der Europäischen Union, ohne die es wiederum kein Überleben Europas in der Globalisierung gibt. Dabei zeigt schon eine kleine Rundumschau, dass die Politiker auch da von Alternativlosigkeit reden, wo es ohne Frage eine Alternative gibt. Etwa, wenn der Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Bombardierung von zwei Tanklastern in Afghanistan im September 2009 mit über 100 Toten und Verletzten durch die Bundeswehr als »alternativlos« bezeichnete, oder das Gesetz zur Bankenenteignung aus dem Februar 2009, das aus Sicht der Bundeskanzlerin Angela Merkel ebenfalls »alternativlos« war. Auch die Verlängerung der Auslandsmandate der Bundeswehr im August 2007 war angesichts der Entwicklung in Afghanistan und der anhaltenden Terrorgefahr in Deutschland nach den Worten des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble »alternativlos«. Das gleiche galt schon für die Mehrwertsteuererhöhung im Dezember 2005, die nach Meinung des zuständigen Finanzministers Peer Steinbrück ein Vorhaben darstellte, zu dem es »keine Alternative« gibt. Und natürlich war die Agenda 2010 nach Auffassung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder ein Projekt »ohne jede Alternative« und »objektiv nur so machbar«. Manchmal entlarven die Politiker ihr Gerede von der Alternativlosigkeit allerdings gleich mit. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit lobte 2002 seinen Koalitionspartner mit den Worten: »In Berlin schlägt sich die PDS doch besser, als viele dachten. Sie schaffen es, harte Entscheidungen auch ihrer Klientel als alternativlos deutlich zu machen.«<sup>20</sup>

Politische Sachentscheidungen so zu präsentieren, dass sie nicht mehr wie Entscheidungen, sondern nur noch wie unaus-

weichliche Reaktionen auf äußere Zwänge wirken, mag aus Sicht der politischen Machtarithmetik funktional sein. Mit Blick auf die politische Prozess- und Diskursqualität ist es ohne Frage ein Armutszeugnis. Und trotzdem wurden mit derartigen Setzungen viele Jahre lang alle schmerzhaften Reformen begründet. Sie blieben also *ohne* Begründung und lösten so eine neuen Form der Politikverdrossenheit aus, denn warum soll man sich für etwas engagieren, wenn die Entwicklung sowieso eine vorherbestimmte Laufbahn nimmt? Es ist dieser kommunikative Habitus der Politiker, die unter Berufung auf das Tina-Prinzip alle Markt deregulierungen und alle Rücknahmen des Sozialstaats rechtfertigten, der heute die Menschen von ihren Repräsentanten entfremdet: Die Sozialsysteme mussten zurückgebaut werden, weil sonst die globale Konkurrenzfähigkeit dahin gewesen wäre, der Staat musste zurückgedrängt werden, weil er die Kräfte des Marktes hemmte, die Löhne mussten herunter, weil sie anderswo auch niedrig waren. Lange haben die Menschen dies geglaubt. Doch spätestens mit der Finanzkrise hat nicht nur das Zutrauen in die Steuerungsfähigkeit des Marktes gelitten, sondern auch das Vertrauen darauf, dass die im Basta-Stil verkündeten alternativlosen Entscheidungen der Politiker sich wirklich am langfristigen Wohl der Gesellschaft orientieren. Es hat vor diesem Hintergrund eine gewisse Ironie, dass auch der Stuttgarter Bahnhofsneubau von der Bahn in bunten Broschüren als »Projekt ohne Alternative« beworben wurde.

Da es aber immer eine Alternative gibt und auch die Menschen wissen, dass die ihnen präsentierte vermeintliche Alternativlosigkeit keineswegs alternativlos, sondern von konkreten Interessen geleitet ist, bringen sie gegen diese Politik ihre eigenen Wünsche und Anliegen in Stellung – wohlgermerkt nicht jene, die sie als Bürger, sondern die, die sie als Autofahrer,

Eigenheimbesitzer, Steuerzahler oder Eltern haben. Der Citizen tritt aus dem öffentlichen Raum ab und macht dem Bourgeois Platz. Das ist aus Sicht der Menschen durchaus rational: Da die Bürger der Politik ohnehin keine weitreichende und gemeinwohlorientierte Problemlösungsfähigkeit mehr zutrauen, versuchen sie politische Entscheidungsträger bei einzelnen Entscheidungen dahingehend unter Druck zu setzen, dass diese zu ihren Gunsten ausgehen. »Das Volk, das sich so wenig für Politik interessiert wie noch nie, hat so viel Einfluss auf die Politiker wie nie zuvor. Und die Politiker, die sich den enttäuschten Bürgern andienen wollen, schaffen mit dieser Politik nicht weniger Enttäuschung, sondern mehr«, schreibt Dirk Kurbjuweit.<sup>21</sup>

So macht sich eine mit politischem Desinteresse verbundene Anspruchsmentalität breit, welche die Demokratie immer weniger um ihrer selbst willen bejaht, sondern diese nur noch als Automat, als Produzent gerade willkommener Lösungen benutzt. Bürgerinitiativen gründen sich allerorten und werden von den Hohepriestern der Zivilgesellschaft als Beitrag zur Vitalisierung der Demokratie gepriesen, doch ihre Anliegen zielen vor allem darauf, das Leben derjenigen zu verschönern, die sich mitten in der Großstadt einen städtischen Platz ohne Autoverkehr wünschen, die gute Verkehrsanbindungen fordern, aber die Straßenbahn nicht vor ihrer Tür haben wollen, die eine lebendige Kneipenszene als Standortvorteil betrachten, aber den Lärm der Gäste unter ihren Balkonen nicht tolerieren möchten. Der normative Anspruch der Politik, an den Mehrheitsinteressen der Gesellschaft orientierte Entscheidungen auszuhandeln, trifft heute auf eine Vielzahl partikularer Interessen und Lebensentwürfe. Gleichzeitig spitzen die Medien die Handlungsalternativen der Politik auf binäre Entweder-oder-Entscheidungen zu und polarisieren damit ein Bürger-

tum, dem ohnehin der Wille abhanden gekommen ist, auch nur zu versuchen, die heterogenen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Zu allgemeingültigen Problemlösungen mit breiter Akzeptanz zu kommen wird für die Politik unter diesen Bedingungen fast unmöglich.

## Die Privatisierung der Demokratie

Von einer »Privatisierung der Demokratie« spricht deswegen der Mainzer Rechtsphilosoph Uwe Volkmann. Damit meint er nicht nur, dass die Bürger sich mehr und mehr vom öffentlichen Leben abwenden und sich als Privatiers in ihren Nischen einrichten. »Mit Blick auf die Demokratie bedeutet es (...) vor allem, dass auch sie zunehmend unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und von jedem Einzelnen nur noch darauf befragt wird, was am Ende für ihn selber dabei herauspringt. Sie mutiert so zu einem Servicebetrieb für die Herstellung erwünschter Lagen aller Art.«<sup>22</sup> Volkmann resümiert: »Vom Beteiligten an einer öffentlichen Angelegenheit versetzt sich der Bürger auf diese Weise selbst allmählich in den Status des Konsumenten, der von der Politik vor allem bedient werden will.«<sup>23</sup> Diese Entwicklung korrespondiert mit einer Veränderung der Medienkultur, vor allem im Fernsehen, in der die politische Berichterstattung mehr und mehr zu einer bestenfalls noch anpolitisierten Einkaufs- und Verbraucherempfehlung mutiert. Folgt man einer Beobachtung von Marcus Jauer über die Weise, wie das Fernsehen über Politik berichtet, »schnurrt Politik schnell auf das zusammen, was sie dem Bürger bringt. Nachrichten hängen dann mit Geld zusammen, Kindergeld, Kurzarbeitergeld, Krankenkassenbeiträge, Energiepreise. Immer wird etwas als Zulage gewährt oder als Abgabe abgenommen, sieht man einmal von

Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung ab.«<sup>24</sup> Dieser Trend zum Service- und Verbraucherjournalismus muss nicht überraschen, denn er reflektiert den Lobbyeinfluss, dem die Journalisten gleich auf mehreren Ebenen ausgesetzt sind. Ein direkter Einfluss der PR-Industrie auf einzelne Journalisten geht hier Hand in Hand mit einer Organisation der Medien, wo Redaktionen zu Handlangern der Geschäftsführungen werden. Dieser Trend reicht bis weit in die Qualitätsredaktionen, etwa wenn die Mannschaft der *Süddeutschen Zeitung* dafür sorgen muss, dass die vielfältigen Nebenprodukte des Hauses wie CD-Editionen, Reiseführer und Weinratgeber angemessen in der eigenen Zeitung besprochen werden. Nach einer Beobachtung von Thomas Leif, dem Vorsitzenden des Netzwerks Recherche, »verarbeiten (und veredeln) Journalisten nur noch die Stoffe, die die Marketingabteilungen präsentieren. In einer cross-medialen Welt wächst der Einfluss von Agenturen, von Produzenten von vermeintlich neuem Wissen und von Politikern, die griffige Originaltöne, aber wenig Argumente liefern. In diesem Umfeld arbeiten immer mehr Journalisten als Produzenten von Medienprodukten. Immer mehr große Geschichten werden ›kalt‹ am Arbeitsplatz mit Material aus dem World Wide Web geschrieben, ohne nur einmal mit einem der beschriebenen Akteure zu sprechen. Diese Reduzierung auf die ›Kommentierung von Marketing‹ ist weiter verbreitet, als die Kommunikationswissenschaft ahnen kann.«<sup>25</sup> Auch wenn Leifs Feststellung nur für Teile des Journalismus gilt, trifft dennoch zu, dass Politik in den Medien einem doppelten Konsumismus unterworfen wird: Ihre Leistungen werden in der Berichterstattung mit den Nutzenversprechen von Konsumgütern gleichgesetzt, und es wird den Zuschauern und Lesern suggeriert, dass sie von der Politik die gleichen Leistungsversprechen einfordern können wie von den Herstellern von Markenartikeln.

Die Politik reagiert auf diese Entwicklung mit einer kurzfristig erfolgversprechenden, auf die Dauer aber fatalen Strategie: Sie verlagert den Nachweis ihrer Handlungsfähigkeit von Input- auf Output-Legitimation. In ihren Augen zählen nicht mehr die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit von Parteien, Personen oder Positionen, denn die sind eh dahin, sondern die Leistungsbilanz von Regierungen und der Erfolg von Projekten. Man könnte das so übersetzen: Wenn schon die Volksparteien keine feste Basis und keinen rechten Ort in der Gesellschaft mehr haben, sollen wenigstens die Stuttgarter einen schönen Bahnhof und die Berliner einen schicken Flughafen hingestellt bekommen. Was aber, wenn ein großer Teil der Stuttgarter gar keinen neuen Bahnhof will und in Berlin der Protest gegen den Fluglärm nicht abebbt? In diesem Fall muss die Politik zurückrudern. Sie verkündet dann kleinmütig, wie Stefan Mappus, der bald darauf abgewählte Ministerpräsident Baden-Württembergs, »das Ende der Basta-Entscheidungen«<sup>26</sup>, schlägt Zickzacklinien ein, wie die SPD, die eine Zeitlang sowohl den Stuttgarter Bahnhofsneubau wie auch eine ergebnisoffene Volksabstimmung über denselben befürwortete, oder macht symbolische Konzessionen, die den Fluglärm zwar nicht dämpfen, aber vom zornigen Volk immerhin als hilflose Demutsgeste gewertet werden können. Politische Führung ist so nicht mehr möglich. Allenfalls noch deren Vortäuschung. Damit gehen dem Politischen aber sein Zentrum, seine Handlungsfähigkeit und seine Deutungsmacht verloren, denn Führung, der Blick nach vorn, wird auch in einer Demokratie gebraucht, wenn diese Gesellschaft Zukunft haben will.